„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Der Kampf der britischen Arbeiterschaft um die Macht

Was in den englisch-canadischen Zeitungen über den Generalstreik in Großbritannien verlautet, ist im Vergleich zu dem sich abspielenden Riesenkampf eine lächerlich unbedeutende Berichterstattung. Doch ist die Presse als solche deswegen nicht allein zu beschuldigen, sondern weit mehr noch die britische Regierung, welche im Auslande und namentlich in den Kolonien des britischen Reiches nicht die ganze Gefährlichkeit der Streiklage enthüllt sehen möchte.

Wer in den letzten Jahren die Entwicklung der Arbeiterbewegung in England, Schottland und Wales aufmerksam verfolgt hat, müßte sich jedoch von vornherein darüber im Klaren sein, daß heutzutage ein Generalstreik auf den britischen Inseln eine viel tiefergehende Bedeutung hat als es vor etwa vier oder fünf Jahren der Fall gewesen wäre. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der gegenwärtige Kampf weit über den Rahmen eines Streikes aus rein wirtschaftlichen Gründen hinausgeht. Der Streit zwischen den Grubenbesitzern und Bergleuten bot nur den äußeren Anlaß und den letzten Anstoß.

Bekanntlich dauert der kritische Zustand in der Kohlenindustrie bereits seit dem Juli vorigen Jahres an. Damals wollten die englischen Bergwerksmagnaten die Arbeiterlöhne beschneiden. Aus Angst vor dem radikalen Bergarbeiterverband mit seinem noch radikaleren Führer, dem Mr. Cook, griff die Regierung ein und kam den Grubenbesitzern mit staatlicher Unterstützung zu Hilfe, sodaß die Löhne bis zum 1. Mai dieses Jahres auf ihrer alten Höhe blieben. Mit Ablauf der Regierungssubvention machten die Grubenbesitzer den Vorschlag, die Löhne um 20 Prozent zu erhöhen, aber gleichzeitig auch die Arbeitszeit von 7 auf 8 Stunden zu verlängern. In Wirklichkeit wäre das auf eine Herabsetzung des Arbeitslohnes um 10½ Prozent hinausgelaufen. Dieses hinterhältige Angebot der Arbeitgeber lehnten die Bergleute mit Entrüstung ab und der Streik blieb nach den gescheiterten Verhandlungen als letztes Mittel übrig. Die konservative Baldwinregierung, welche es anscheinend auch einmal auf eine Kraftprobe ankommen lassen wollte, hat sich keine besondere Mühe zur Verhinderung des Ausstandes gegeben. Sie wollte anscheinend einmal alle Machtmittel des Staates, wenn nötig, sogar das Militär, zur Anwendung bringen, um die Arbeiterschaft zu unterwerfen. Die Folge war, daß die anderen Gewerkschaftsverbände sich mit den Bergleuten solidarisch erklärten und zur Unterstützung ihrer Kollegen sich deren Streik anschlossen. So kam es zum Generalstreik, der in Wirklichkeit ein Kampf um die Macht in Großbritannien, um die wirtschaftliche und politische Macht, ein Kampf zwischen Arbeiterschaft und Regierung ist, welch letztere deutlich genug sich als die Vertreterin des Großkapitals zu erkennen gibt.

Um die tiefere Bedeutung des Riesenkampfes in Großbritannien zu begreifen, muß man sich vergegenwärtigen, welch gewaltige geistige Umwälzung sich in den letzten Jahren in der britischen Arbeiterschaft vollzogen hat. In den Kriegsjahren hat man sie mit Hilfe von Zutreibern wie Henderson und Clynes hinter dem britischen Staatswagen hergetrieben. Doch kaum war der Waffenstillstand geschlossen, da ging eine neue Saat auf. Die Radikalisierung der Arbeitermassen vollzog sich mit den Jahren mit der wachsenden Arbeitslosigkeit, mit der Enttäuschung über das Ausbleiben der Siegesfrüchte, mit der Stockung des britischen Ausfuhrhandels in immer schnellerem Tempo. Als dann der Konservative Baldwin den Arbeiter MacDonald in der Führung der Staatsgeschäfte ablöste, als die bereits angeknüpften Beziehungen zwischen London und Moskau von den Tories zerrissen wurden, dann war für die dritte Internationale mit dem Sitze in Moskau die Stunde gekommen, einen intensiven Feldzug gegen Britannien, ja gegen das ganze britische Reich zu führen. Die kommunistische Gefahr erhob ihr Haupt. In Heer und Flotte wurde das schleichend wirkende Gift des revolutionären Bolschewismus hineingeträufelt. In den Fabriken, in den Gewerkschaftsverbänden, in den Bergwerken, in Versammlungen, in Munizipalitätskörperschaften, im Parlament zu London stellte sich der unheimliche Gast ein, die kommunistische Seuche. Die miserablen Wohnungsverhältnisse, die ungenügende Fabrik- und Gewerbeinspektion, der unzureichende Schutz für die Tage der Krankheit und Invalidität, der niedrige Bildungsstand usw. boten und bieten einen guten Nährboden für die Radikalisierung der Arbeiterschaft. Doch der Kommunismus beschränkte sich nicht auf die britischen Inseln. Er griff hinaus über die Ozeane, sandte seine Agenten in die britischen Kolonien, nach Aegypten, nach Südafrika, nach Indien, nach Canada und versucht auch sie zu revolutionieren. In verschiedenen Teilen des Weltreiches sind die sozialen Zustände ebenso unbefriedigend und mitunter noch unbefriedigender als in Großbritannien. Anderwärts spielen Rassen- und Nationalitätsfragen eine wichtige Rolle. Da liegen Anknüpfungspunkte für den bolschewistischen Agitator, der darauf hinweist, daß in seinem „Mutterland" Rußland die Rassen- und Nationalitätenfrage durch die Gewährung der Autonomie gelöst ist. So nagen Tausende und Tausende von kommunistischen Agenten an den Wurzeln des britischen Reiches. Die Frage ist nur, ob die gerissene britische Diplomatie und die nüchterne politische Gesinnung des Volkes den Gefahren der Umsturzbewegung gewachsen sind.

Wer den Generalstreik in diesem größeren Rahmen sieht, begreift, daß hinter der Plänkelei zwischen Grubenbesitzern und Bergleuten stärkere Triebkräfte stehen, über die nicht mit dem Ausgang eines Generalstreiks entschieden wird. Er kann die Bedeutung eines Probealarms, einer Probemobilmachung haben, um festzustellen, wie weit die Widerstandskraft der beiden Teile reicht. Er kann den radikalen Elementen die erwünschte Gelegenheit bieten, mit den skrupellosesten Mitteln die Verhetzung der Massen zu betreiben. Wenn Baldwin und seine konservativen Ratgeber klug gewesen wären, hätten sie unter Aufbietung allen Entgegenkommens den jetzigen Riesenkampf vermieden. Mag er ausgehen wie er will, mit einer Niederlage für die Arbeiter oder für die Regierung oder wie das Hornberger Schießen, immer wird eine revolutionierende Wirkung zurückbleiben, die früher oder später weitere Folgen haben muß.

Deutsche Stimme über das europäische Wettrüsten

Der deutsche Reichswehrminister Dr. Geßler nimmt in der liberalen Halbmonatsschrift „Wille und Weg" die Vorbereitungen der Teilnehmer an der Abrüstungskonferenz unter die kritische Lupe. Er findet es zunächst befremdlich, daß die politische Leitung nicht habe verhindern können, daß vor der praktischen Abrüstungsarbeit eine Menge theoretische Rätsel gelöst werden sollen, und fährt dann fort:

„Staaten, die sich untereinander mißtrauen, die sich durch die zu findenden Abrüstungsformeln gegenseitig übervorteilen wollen, für die die Abrüstung nur eine Frage der Konvenienz ist, die die Machtpolitik verschleiern soll, Staaten, für welche alle diese Beratungen in Genf nur der Schleier sind, hinter dem sie einen neuen Krieg vorbereiten, die brauchen die Kosten und die Mühen für die Abrüstungskonferenz gar nicht erst aufzuwenden. Sie haben die Arbeiten schon vor Beginn zum Mißerfolg verurteilt.

„Meine Besorgnisse werden vertieft, wenn ich sehe, in welchem schnellen Tempo überall das Wettrüsten vorwärts geht. Das ist allgemein bekannt. Ich brauche darüber kein Wort zu verlieren. Die französische Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf zu Neuordnung des französischen Heerwesens vorgelegt, der alles andere bedeutet als eine Abrüstung. Das soll im weiter nicht vermerkt werden, da heute noch niemand übersehen kann, was für ein Ergebnis die Abrüstungskonferenz haben wird. Die Begründung zu dem Gesetz [illegible] Frankreich [illegible]

„Man sagt in Paris, Frankreich würde bei dem gegenwärtigen Zustand der Welt [illegible]

„Das ist eine [illegible]

„Für Deutschland ist die Rüstung [illegible] Deutschland ist entwaffnet. [illegible] Wir werden alles tun, um diesen Zustand zu ändern."

Weltumschau

Deutschland.

Das deutsche Außenamt bestreitet in einer eben veröffentlichten offiziellen Erklärung, daß der Artikel III des kürzlich abgeschlossenen russisch-deutschen Freundschaftsvertrages eine Grundlage für die französische Behauptung bilde, daß die Bestimmungen dieses Artikels mit dem Artikel XVI der Satzungen des Völkerbundes im Widerspruch ständen.

Ein hervorragendes Mitglied der juristischen Abteilung des Außenamtes sagte: „Die Behauptung der Franzosen beruht auf einem Mißverständnis. Artikel III des russisch-deutschen Freundschaftsvertrages verpflichtet diese Mächte, nur in zwei Fällen sich an einem wirtschaftlichen und finanziellen Boykott gegen eine der Vertragsparteien nicht zu beteiligen, nämlich 1. während beide Vertragsparteien im Frieden sind, und 2. wenn trotz ihres friedlichen Verhaltens eine Vertragspartei von einer dritten Macht angegriffen wird. Sollte jedoch eine Vertragspartei sich eines Angriffes gegen eine dritte Macht schuldig machen, dann ist die andere Vertragspartei nicht verpflichtet, ihre wohlwollende Neutralität zu beobachten. Diese Bestimmung allein hat auf Artikel XVI des Ligapaktes Bezug, da in diesem ausdrücklich festgelegt ist, daß ein Vorgehen des Völkerbundes gegen einen Staat immer davon abhänge, daß dieser Staat sich eines Friedensbruchs schuldig gemacht habe. In einem solchen Fall hat Deutschland nach den Bestimmungen des russisch-deutschen Vertrages eine freie Hand, und die dem Vertrag beigefügten Noten betonen ausdrücklich, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundes in derartigen Fällen die ihm aus Artikel XVI erwachsenden Verpflichtungen getreulich erfüllen müsse."

Graf von Bernstorff, der ehemalige Botschafter des Deutschen Reiches für die Ver. Staaten, ist nunmehr von Reichspräsident v. Hindenburg zum Obmann der deutschen Delegation bei den Vorarbeiten zur Abrüstungskonferenz der Liga ernannt worden. Die Sitzungen der Vorbereitungskommission sollen Ende dieses Monats in Genf eröffnet werden. Graf von Bernstorff erklärte in einer Unterredung mit Pressevertretern, daß die Grundlage aller Bemühungen, die Rüstungen zu verringern, in den von Präsident Wilson kurz vor dem Eintritt der Ver. Staaten in den Krieg gemachten Aeußerungen gefunden werden könne, die später in den „Vierzehn Punkten" kristallisiert wurden. Graf Bernstorff gab zu, daß die bisherigen Bestrebungen des Völkerbundes hinsichtlich einer allgemeinen Abrüstung geringen Erfolg hatten, meinte aber, daß die wirtschaftliche Notwendigkeit die Nationen schließlich doch zur Verminderung der militärischen Rüstungen zwingen werde. Er sagte: „Nach den neuesten wirtschaftlichen Berechnungen ist der Grad der Kriegsbereitschaft in Europa in den letzten zehn Jahren infolge der schweren Rüstungslasten um 10 Prozent gesunken. Der Aufschwung Amerikas ist hauptsächlich der Tatsache zuzuschreiben, daß seine Militärausgaben verhältnismäßig gering sind. Während nicht erwartet werden kann, daß die übrigen Mächte ihre Rüstungen im Handumdrehen auf die Stufe Deutschlands herabsetzen, hofft die deutsche Regierung nichtsdestoweniger, daß die anderen Nationen, die sich an der Konferenz beteiligen, dazu bestimmt werden können, ihre Rüstungen nach einem durch Verträge zu bestimmenden prozentualen Maßstab zu verringern."

Von der Reichsregierung werden Schritte vorbereitet, um in Paris und London auf Erfüllung des in Locarno gegebenen Versprechens einer Erleichterung der Rheinlandbesetzung zu dringen. In einer Beratung mit Mitgliedern der bayerischen Staatsregierung unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Held in München hat der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherr Langwerth von Simmern, eingehenden Aufschluß über alle Fragen, die das besetzte Gebiet und vor allem die Pfalz berühren, erteilt. Die Aussprache ergab volle Uebereinstimmung über die Art des Zusammenwirkens zwischen dem Reichskommissar und der bayerischen Staatsregierung in allen Besatzungsfragen.

Auf einer in Koblenz abgehaltenen Tagung des Gewerkschaftsausschusses der besetzten Gebiete wurde von dem anwesenden Regierungspräsidenten auf die drückenden Besatzungslasten hingewiesen. Man stehe auf dem Boden des Geistes von Locarno, sagte er, und könne darum nicht weniger verstehen, daß die Besatzung des Rheinlandes mit einer so großen Truppenzahl aufrechterhalten werde. In Engers zum Beispiel seien 750 Mann Besatzung mehr untergebracht als früher, und in Kreuznach entfiele auf acht Personen ein Mann der Besatzung. Noch drückender ist die Bürde der fremden Truppen-Einquartierungen. In Wiesbaden sind von Privatleuten zur Zeit 1434 Wohnungen und 9407 Räume beschlagnahmt, außerdem auch noch 780 Teilwohnungen und in 15 Hotels 112 Zimmer mit 201 Betten. Für den dort so wichtigen Fremdenverkehr verbleiben nur noch 543 Zimmer mit 842 Betten.

Auch das Wirtschaftsleben ist durch umfassende Beschlagnahmungen [illegible] beeinträchtigt. [illegible]

Holland.

Prinzessin Juliana, welche ihren 17. Geburtstag feiert, [illegible] Königin von Holland werden wird. Unter der Aufsicht ihrer Mutter, der Königin Wilhelmina, liegt die junge Prinzessin mit Eifer dem Studium [illegible]

[illegible]

Prinz Victor Napoleon, [illegible]

Frankreich.

Der französische Franc fiel am 6. Mai [illegible] für den Dollar und 176.06 für das Pfund Sterling, die niedrigste [illegible]

Italien.

[illegible]

Litauen.

[illegible] Deutschland der Dritte im Bunde sei. Man gab zu, daß ein Vertrag mit Rußland für die litauische Regierung für jeden Fall vorteilhaft wäre. [illegible]

Die Bedeutung des deutsch-russischen Vertrages

Radiorede des deutschen Außenministers Stresemann.

Reichsaußenminister Stresemann nahm Veranlassung, auf dem Wege des Rundfunks dem deutschen Publikum eine weitere Erklärung des kürzlich abgeschlossenen deutsch-russischen Vertrages zu geben. Dieser Pakt, erklärte er, bedeute einfach eine Rückkehr zu der Außenpolitik eines Bismarck und Kaiser Wilhelm I., deren höchstes Prinzip immer gewesen, die „Rückversicherung an Rußland" unter allen Umständen aufrecht zu erhalten.

„Freundschaft mit Rußland," führte der Reichsminister aus, „ist eine der ältesten Traditionen Preußens, eine Tradition, die seit der Einigung Deutschlands bestanden, und die auch den Krieg überdauert hat." Mit allen Mitteln werde die Regierung den Sowjetismus auf deutschem Boden bekämpfen, erklärte Stresemann weiter. Dies habe aber durchaus nicht zu bedeuten, daß die Regierungsform, die sich ein anderes Volk zu eigen mache, die Unterhaltung freundschaftlicher Beziehungen ausschließe. [illegible] auch, daß Rußland die erste Nation gewesen, die nach dem Weltkrieg auf alle jene Ansprüche gegen Deutschland freiwillig Verzicht geleistet habe, wie die Russen auch das erste Volk gewesen, das Deutschland, als es politisch ostrazisiert gewesen, ihre freundschaftliche Mitarbeit angetragen hatten.

Dr. Stresemann gab zu, daß eine gewisse Beunruhigung ob des Abschlusses des Vertrages immer noch in Europa herrsche, die sogar in letzter Zeit noch gewachsen zu sein scheine, obgleich sie durchaus grundlos ist. Der Berliner Vertrag habe keine Aufgabe der Politik von Locarno zu bedeuten, die ja von Deutschland selbst angeregt und in die Wege geleitet worden sei, im Gegenteil, es handle sich hier um eine Erweiterung der Locarno-Politik zur Befriedung Europas; dieser Politik werde das Reich [illegible] zugetan bleiben.

„Deutschland hatte [illegible] mit der Abschließung des Berliner Vertrags warten können," führte der Redner fort, „wenn es die Gewißheit gehabt hätte, daß sich im kommenden September keine neuen Schwierigkeiten in Genf erheben würden. Doch ist niemand imstande, dieses zu garantieren."

Deutschlands Aufgabe sei es, wurde dann von Stresemann weiter ausgeführt, eine Brücke vom Westen zum Osten zu schlagen. Es könne nicht einmal gesagt werden, daß die führenden Staatsmänner der übrigen Locarno-Mächte Rußland feindselig gegenüberständen, sie hätten dieses selbst in aller Entschiedenheit in Locarno in Abrede gestellt. Dazu komme, daß seit jener Zeit der russische Au[illegible] [illegible] Paris besucht und daß bekanntlich zwischen den europäischen Staatskanzleien und Sowjet-Rußland Verhandlungen zur Finanzierung der russischen Industrie stattfänden.

„Rußlands Mißtrauen gegen die deutsche westeuropäische Politik," fuhr der Reichsaußenminister fort, „war ebenso unbegründet, wie das Mißtrauen der europäischen Westmächte gegen die Rußlandpolitik des Reiches. Die Gerüchte über eine Geheimklausel im Berliner Vertrag waren und bleiben immer Unsinn. Die Namen der deutschen Staatsmänner sind mit Locarno ebenso eng verwoben wie die von Chamberlain und Briand. Trotz der Nichterfüllung verschiedener Versprechungen, wie jene der Herabsetzung der Zahl der Besatzungstruppen im okkupierten Gebiet, ist der neue Geist schon stark hervorgetreten. Die deutsche Initiative zur Herbeiführung des Friedens in Europa hat nach Locarno geführt. Nie war es indes die deutsche Absicht, sich im Westen mit einer Gruppe aggressiver Mächte gegen Rußland festzulegen. Die deutsche Politik geht dahin, ganz Europa mit einem Friedenssystem zu überspannen. Welch andere Macht kann eine gleiche Bilanz an der Idee des Friedens vorzeigen, wie gerade Deutschland, das mit allen seinen Nachbarn Schiedsverträge abgeschlossen hat."

Dr. Stresemann führte weiter aus, die deutsche Erklärung über die Stellung des Reichs im Falle eines Konflikts, wie sie in der Mantelnote zum Berliner Vertrag enthalten, die tatsächlich wichtiger ist als der ganze Vertrag, stehe in vollem Einklang zu Deutschlands Stellung als Mitglied des Völkerbundes.

„Das freie Recht, zu entscheiden, wer der Angreifer ist und wer nicht," setzte er hinzu, „ist ein Recht, das allen in der Völkerliga vertretenen Nationen zusteht. Niemand wird glauben, daß Deutschland anders als nach bestem Wissen und nach den Diktaten seines Gewissens entscheiden wird. Keine Versprechungen irgend welcher Art konnten oder würden Rußland oder irgend einer anderen Macht von Deutschland gegeben werden. Wie Brasilien seine Stimme gegen die anderen Mächte abgeben könne und wie Schweden zu der Erklärung berechtigt war, es werde eine Aenderung im Ligarat verhindern, so kann auch Deutschland von seinem Entscheidungsrecht Gebrauch machen. Wir versprechen [illegible] welche Entscheidung wir eventuell treffen werden, [illegible] nur darum zu tun, unser Recht [illegible]

[illegible]

Indien.

Meldungen aus Allahabad, Britisch-Indien, besagen, [illegible] 3500 Sklaven [illegible]

[illegible]

[illegible]

Vom Stallburschen zum Schah von Persien

Der neue Schah von Persien, Riza Chan Pehlewi, der sich in kurzer Zeit zur Stellung eines Diktators emporgeschwungen und sich dann des persischen Thrones bemächtigt hat, wurde in Teheran in glänzender Weise gekrönt.

Riza Chan, der in seiner Jugend ein einfacher Stallbursche war, erklärte sich, nachdem er 1923 Premier geworden war und autokratische Macht an sich gerissen hatte, zu Gunsten einer Republik. [illegible] Putsch setzte er die Kadscharen-Dynastie ab und verkündigte seine Absicht, Schah zu werden.

Die Krönungszeremonie fand im Museumssaale des [illegible] Palastes statt. Beim Eingang des Saales [illegible] der Pfauenthron. [illegible] neben dem Throne standen Adjutanten mit der kaiserlichen Flagge und einige wenige [illegible] entfernt war der Kadjar Thron.

Der junge Kronprinz stand zur Rechten des [illegible], die Uebrigen in einem Halbkreis [illegible]. Zur Rechten des Thronsessels vom [illegible] bis zum anderen Ende des Saales standen getrennt [illegible] Schriftgelehrten, einschließlich [illegible] Richter, Mitglieder [illegible] Vertreter der [illegible] Gilden.

Auf der linken Seite befanden sich das diplomatische Korps, Damen aus dem Ausland, Armeeoffiziere hohen Ranges, die Häupter der verschiedenen Ministerien und Vertreter der persischen und ausländischen Presse.

Der Schah betrat die Halle mit dem kaiserlichen Mantel bekleidet und begleitet von den Kammerherren. Er ließ sich auf dem Thronsessel nieder. Der Führer der Schriftgelehrten gab den Segen, sprach Gebete für das Wohlergehen des neuen Schah und überreichte die Krone, welche Riza Chan sich selbst aufs Haupt setzte. Die übrigen Minister nahten sich dann mit dem Szepter und anderen königlichen Regalien.

Zum Schlusse der Krönung verlas der Schah eine kurze Thronrede, der Ansprachen seitens des Kronprinzen und der hauptsächlichsten Hofminister folgten. Der Schah fuhr sodann, begleitet vom Kronprinzen in einem Galawagen unter dem Jubel der Volksmenge durch die Straßen nach seinem Privatpalais.

(Der neue Schah von Persien soll, wie man erzählt, die deutsche Sprache tadellos beherrschen.)